

NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung der Gemeindevertretung am 25.06.2012

TAGESORDNUNG:

- 1.) a) Mitteilungen des Vorsitzenden
b) Mitteilungen des Gemeindevorstandes
- 2.) Beratung und Beschlussfassung zur Breitbandversorgung (Vorverfahren)
- 3.) Flächennutzungsplanänderung Bereich „Photovoltaikanlage Säueiche“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gem. § 3, Abs. 2 u. § 4, Abs. 2 BauGB
 - b) Feststellung Flächennutzungsplanänderung
- 4.) Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan „Photovoltaikanlage Säueiche“
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gem. § 3, Abs. 2 u. § 4, Abs. 2 BauGB
 - b) Satzungsbeschluss gem. § 10, Abs. 1 BauGB
 - c) Satzungsbeschluss zur integrierten Orts- und Gestaltungssatzung gem. § 81, Abs. 3 HBO in Verbindung mit § 9, Abs. 4 BauGB
- 5.) CDU-Anfrage bzgl. Firma Rittal
- 6.) Verschiedenes

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:

Vorsitzender Scholl eröffnete die 9. Sitzung der Gemeindevertretung Dietzhölzthal in der aktuellen Legislaturperiode.

22 Gemeindevertreter waren anwesend. Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Mit Schreiben vom 16.06.12 hat die CDU-Fraktion die per 23.04.12 in schriftlicher Form gestellte Anfrage im Zusammenhang mit der Geruchsbelästigung, ausgehend von der Firma Rittal, zurückgenommen. Die Anfrage wurde schriftlich durch Bgm. Aurand beantwortet. Zugleich entfällt der TOP 5.

TOP 6 – Verschiedenes - wird daher vorgezogen und zu TOP 5

1a) Mitteilung des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

- a) Gegen das Protokoll der Gemeindevertretersitzung vom 23.04.2012 ging innerhalb der vorgesehenen Frist eine Einwendung der Gemeindevertreterin Frau Holighaus (SPD) ein mit dem Hinweis auf geringfügige Änderung der Ausführung zu TOP 3 Verschiedenes – GV Pfeifer (FWG) – ein. Danach ist künftiger Fraktionsvorsitzender der FWG der Gemeindevertreter Friedhelm Wistof. Die Originalniederschrift wird insoweit ergänzt.

Einstimmig wurde die Niederschrift mit der geringfügigen Ergänzung angenommen.

- b) Begrüßt wurde als Nachrücker für den ausgeschiedenen Gemeindevertreter Gerhard Brömer (FWG) Herr Bernhard Knittel. Zugleich äußerte Vorsitzender Scholl den Dank an den ausgeschiedenen Gemeindevertreter für die Ausübung der langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürger der Gemeinde Dietzhölzthal.

- c) Nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung liegen inzwischen Neu-
ausgaben vor. Allen Gemeindevertretern steht eine Ausgabe zur Verfügung.
- d) Fortbildungslehrgänge des HSGB.
Auf den angekündigten Herbstlehrgang wurde hingewiesen. Zeitraum und
Themen gehen aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen hervor.
Bei Interesse sollte die Anmeldung über die Gemeindeverwaltung erfolgen
- e) Gratuliert wurde allen Gemeindevertreterinnen/-vertretern und Beigeordneten,
die seit der letzten Sitzung Geburtstag feiern konnten. Die Betroffenen wurden
namentlich genannt.

1b) Mitteilungen des Gemeindevorstandes

- a) Kita-Situation
Zur Umsetzung des Rechtsanspruches sowie der Mindestverordnung und
unter Hinweis auf vorliegende Beschwerden ist in Abstimmung mit der
Ev. Kirchengemeinde die Einrichtung einer Waldkindergruppe im OT Stein-
brücken vorgesehen.
- b) Bürgerbus
Unter Hinweis auf die Beschlusslage des Ausschusses für Jugend, Sport,
Freizeit und Soziales wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt. Der
Rücklauf der Fragebögen war bescheiden. Die Behandlung der Thematik erfolgt
in der nächsten Ausschusssitzung.
- c) Feuerwehrgerätehaus Mandeln
Unter Hinweis auf ein Schreiben der FFW Mandeln fand zwischenzeitlich eine
Ortsbesichtigung des Gemeindevorstandes statt. Die Fraktionen sind jetzt
aufgerufen, sich mit der Thematik zu beschäftigen insbesondere der weiteren
Nutzung des DGH Mandeln – alt.
- d) Verwaltungsstreitverfahren Firma Roth GmbH / Gemeinde Dietzhölztal
Das Verwaltungsgericht Gießen hat den Kostenbescheid der Gemeinde
aufgehoben, hat allerdings Berufung zugelassen. Der Gemeindevorstand hat
in Abstimmung mit dem HSGB beschlossen, das Urteil durch Berufung an-
zufechten.
- e) Heimatmuseum OT Rittershausen
Unter Hinweis auf ein Schreiben eines ehemaligen Rittershäuser Mitbürgers,
verbunden mit einer Unterschriftenliste, wurde angeregt, im alten Rathaus ein
Heimatmuseum einzurichten.
Im Hinblick auf die nach wie vor angestrebte weitere Mehrfachnutzung des
alten Rathauses (TSV/Ev. Kirche/Brückenkreis) hat der Gemeindevorstand
diese Vorstellung zurückgewiesen.
- f) Wald-/Flurbereinigungsverfahren – Infoveranstaltung des Amtes für Boden-
managements am 20.06.12
Im Hinblick auf die seit Jahrzehnten stark rückläufige landwirtschaftliche Be-
tätigung verbunden mit Zersplitterung der Eigentumsverhältnisse und der Neu-
definition der Feld-/Waldgrenze hat das Amt für Bodenmanagement die
Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens für die Gemarkungsteile
Berg-/Straßebersbach und Teile Steinbrücken aufgegriffen. Dabei handelt es
sich um einen Prozess der einen Zeitraum von 10 – 15 Jahre umfassen wird
und grundsätzlich im Einvernehmen mit den Eigentümern abgewickelt werden
soll. Die Behörde hat ein solches Verfahren eingeleitet, nicht zuletzt im Hinblick
auf die derzeit noch mögliche Bezuschussung aus EU-Mitteln in Höhe von rd. 75 %.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Einrichtung einer Wald-Betriebsgemeinschaft vorgesehen zur besseren Bewirtschaftung der aufgeforsteten Flächen. Ein Haushaltsansatz ist derzeit nicht geplant und demgemäß sind auch keine Kosten angefallen.

Im Hinblick auf die Info-Veranstaltung und die teilweise kontroversen Diskussionen wird die Abwicklung des Verfahrens und die dabei anfallende Kostenfrage in der nächsten Sitzung thematisiert unter Beiziehung des Amtes für Bodenmanagement.

Folgende Nachfragen wurden gestellt:

GV Pfeifer (FWG)

Feuerwehrgerätehaus Mandeln – Antragstellung durch Verein oder Wehrführer. Bgm. Aurand wies darauf hin, dass der Antrag durch Wehrführer/Gmbl gestellt wurde.

Flurbereinigungsverfahren – Initiator/Kostenfrage

Bgm. Aurand wies darauf hin, dass das Amt für Bodenmanagement in Verbindung mit Hessenforst federführende Behörden sind und nicht die Gemeinde. Unter Hinweis auf die Zuwendungsfähigkeit aus EU-Mitteln hat das Amt für Bodenmanagement darauf verwiesen, dass rd. 75 % der Kosten getragen werden und üblicherweise wird der Differenzbetrag unter Hinweis auf bisherige Verfahren von der jeweiligen Gemeinde getragen. Allerdings besteht bis dato keine Kostenveranschlagung und ist auch in nächster Zeit nicht vorgesehen. Zumal der Prozess sich in einem sehr langen Zeitraum 10 – 15 Jahren abspielen wird.

GV Kreck (CDU)

Nachfrage wegen Kostenzusage der Gemeinde.

Bgm. Aurand sicherte Auskunft über den bisherigen Verfahrensablauf an Hand der Aktenlage zu. Das Amt für Bodenmanagement wird in der nächsten Sitzung eingeladen.

Ölunfall 2009 OT Mandeln

Bgm. Aurand verwies auf die inzwischen vorliegende Urteilsbegründung. Der Rechtsanspruch der Gemeinde wurde bejaht. Allerdings bedarf es einer nochmaligen ergänzenden Kostenaufstellung. In Abstimmung mit dem HSGB wurde Berufung eingelegt.

GV Heintz (CDU)

Flurbereinigung

Der Gemeindevertreter wies darauf hin, dass er im Zuge der Info-Veranstaltung des Amtes für Bodenmanagement ein Schreiben der Gemeinde gesehen habe, das die Kostenübernahme zusichert.

Bgm. Aurand verwies nochmals darauf, dass es sich nicht um eine Veranstaltung der Gemeinde gehandelt hat sondern wie vor erwähnt die Behörde des Amtes für Bodenmanagement. Die Behörde wird zur nächsten Sitzungsfolge für Finanz-/Bauausschuss eingeladen.

(Inzwischen erfolgte telefonische Abstimmung, dass das Amt für Bodenmanagement bei der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung den Verfahrensablauf erläutern wird).

GV Schüler (CDU)

Sachstand Heimatmuseum altes Rathaus OT Rittershausen

Bgm. Aurand wies darauf hin, dass abgesehen von der fraglichen Betreuung einer derartigen Einrichtung, das Gebäude nach wie vor der Mehrfachnutzung unterliegt.

Infolge dessen hat der Gemeindevorstand sich entschlossen, den Antrag auf Einrichtung eines Heimatmuseums abzulehnen.

2.) Beratung und Beschlussfassung zur Breitbandversorgung (Vorverfahren)

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte Bgm. Aurand den Sachstand der aktuellen Beschlusslage des Kreistages und gab einen Überblick über die vorbereitenden Arbeiten zur Gründung einer GmbH in der Trägerschaft des LDK bzw. der kreisangehörigen Gemeinden. Neben der notwendigen Kapitalbildung für die juristische Person bedarf es insgesamt für das Projekt der Breitbandversorgung einer Anschubfinanzierung von ca. 5 Mio. € verteilt auf die nächsten fünf Jahre.

Für die CDU-Fraktion trug Fraktionsvorsitzender Kreck weitere Punkte zum Vorhaben der kreisweiten Breitbandversorgung bei. Dabei spielt die Refinanzierung für einen Investor eine nicht unerhebliche Rolle, weil die Kosten sicherlich durch die Zahl der Anschlüsse zu kompensieren sein wird. Es ist davon auszugehen, dass ein Marktanteil von ca. 30 % für Investoren in die wirtschaftliche Betrachtung führt. Insgesamt beteiligen sich 22 Gemeinden an der notwendigen und angestrebten Breitbandversorgung. Trotz aller aber auch vertretbaren Risiken bietet sich keine Alternative zur Schulterung dieses Projektes. Die CDU-Fraktion wird daher die Beschlussfassung mittragen.

Ergänzend wies Bgm. Aurand auf Abstimmungsgespräche mit Ministerien und in der Bürgermeisterdienstversammlung hin. Eine Absicherung durch Landesbürgschaft der enormen Investitionssumme wäre sicherlich wünschenswert. Zugleich würde damit das Risiko gegen null tendieren.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 18.06.12 einstimmig der Absichtserklärung gemäß Vorlage für den Ausbau der Breitbandversorgung und der damit verbundenen Gründung der GmbH zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau- und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 20.06.12 ebenfalls einstimmig der Absichtserklärung zur Gründung der GmbH zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Ohne weitere Aussprache votierte die Gemeindevertretung einstimmig für die Absichtserklärung gemäß Vorlage.

3.) Flächennutzungsplanänderung Bereich „Photovoltaikanlage Säueiche

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Vor Eintritt in die Beratungen verlies Gemeindevertreter Kreck (CDU) den Sitzungssaal gemäß § 25 HGO.

a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gem. § 3, Abs. 2 u. § 4, Abs. 2 BauGB

b) Feststellung Flächennutzungsplanänderung

Erläuternd wies Bgm. Aurand auf die eingegangene Anregung eines Mitbürgers im Anhörungsverfahren hin neben der Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange sowie auf ein weiteres Abstimmungsgespräch mit dem RP. Inzwischen hat sich der RP bereit erklärt, die Baugenehmigung als obere Bauaufsichtsbehörde federführend zu erteilen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 18.06.12 einstimmig die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau- und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 20.06.12 ebenfalls einstimmig die Änderung des Flächennutzungsplanes für den - Gemarkungsbereich Photovoltaikanlage „Säueiche“ beschlossen und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Auf Nachfrage des GV Heintz (CDU) bezgl. Kostenlage bei notwendigem Rückbau der Photovoltaikanlage verwies der Bürgermeister auf die vertragliche Regelung mit dem Investor, die ebenfalls die Rechtsnachfolge beinhaltet. Darüber hinaus muss das Unternehmen Rückstellung bilden.

Diese Ausführungen wurden vom BG Kovarik (CDU) bestätigt mit dem ergänzenden Hinweis, dass die Kommanditisten des Unternehmens im Interesse der Firma die Rücklagenbildung beschließen müssen. Restrisiken sind bei allen Entscheidungen nie auszuschließen.

Vorsitzender Scholl sah die aufgeworfenen Fragen weitgehend geklärt.

In der anschließenden Abstimmung sprach sich die Gemeindevertretung einstimmig für eine gemeinsame Beschlussfassung über die Punkte a) und b) der Vorlage aus.

Ohne weitere Aussprache beschloss die Gemeindevertretung mit 18 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Photovoltaikanlage „Säueiche“ in der Gemarkung Straßebersbach zu Punkt a) und b) gemäß Vorlage.

4.) Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan „Photovoltaikanlage Säueiche“

- a) Beratung und Beschlussfassung über die abgegebenen Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung gem. § 3, Abs. 2 u. § 4, Abs. 2 BauGB**
- b) Satzungsbeschluss gem. § 10, Abs. 1 BauGB**
- c) Satzungsbeschluss zur integrierten Orts- und Gestaltungssatzung gem. § 81, Abs. 3 HBO in Verbindung mit § 9, Abs. 4 BauGB**

Auf die Vorlage wurde verwiesen auch bei Beratung und Beschlussfassung bei diesem TOP war GV Kreck (CDU) nicht anwesend gemäß § 25 HGO.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 18.06.12 einstimmig den Beschlussvorlagen stattgegeben und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen. Der Ausschuss für Umwelt, Bau- und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 20.06.12 ebenfalls einstimmig der Beschlussvorlage zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

In der anschließenden Abstimmung votierte die Gemeindevertretung einstimmig für die gemeinsame Entscheidung der Beratungspunkte zu a), b) und c) gemäß Vorlage.

Abschließend votierte die Gemeindevertretung mit 18 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Aufstellung des Bebauungsplanes Photovoltaikanlage „Säueiche“ Gemarkung Straßebersbach in den Unterabschnitten zu a), b) und c) gemäß Vorlage.

An der weiteren Beratung nahm GV Kreck (CDU) wieder teil.

5.) Verschiedenes

GV Wistof (FWG)

im Zusammenhang mit dem von der CDU-Fraktion zurückgezogenen ursprünglichen Tagesordnungspunktes 5 – Anfrage bzgl. Firma Rittal – bat GV Wistof um Auskunft über den Grund der Rücknahme bzw. Inhalt der schriftlichen Beantwortung.

GV Kreck (CDU) stellte Antrag zur Geschäftsordnung. Die Rücknahme von der Tagesordnung lässt eine inhaltliche Stellungnahme nicht mehr zu.

Bgm. Aurand verwies ergänzend darauf, dass die Beantwortung an die Fraktion auf schriftlichem Wege erging

nach Maßgabe der Geschäftsordnung.
Ergänzend regte GV Wistof eine grundsätzliche Berichterstattung aus den Ausschusssitzungen zu ermöglichen, weil z. B. die in der letzten Bauausschusssitzung behandelte thermographische Begutachtung der MZH nicht in der Gemeindevertretung behandelt wurde.

Bekanntermaßen habe eine Überprüfung mit entsprechenden Fotoaufnahmen durch einen Beigeordneten stattgefunden. Im Zuge einer Ortsbegehung wurde danach tlw. unfachmännische Ausführung konstatiert.

Unbeschadet der gutachterlichen Ausführungen sei aber im Zuge der abgewickelten Baumaßnahme die Bauleitung gefragt und es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass insoweit besonderes Augenmerk auf die Ausführungen zu richten sei in Folge festgestellter Leckagen.

Die dabei angefertigten Fotos sollten dem Gutachter zur Prüfung überlassen werden.

Bgm. Aurand sicherte die Zurverfügungstellung zu.

GV Braun (CDU)

wies darauf hin, dass ihm als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Bau- und Liegenschaften ein entsprechender Beschluss des Gremiums nicht bekannt sei sondern es wurde ihm im Zuge der Ortsbegehung vielmehr eine Empfehlung ausgesprochen, dass erneut eine thermographische Betrachtung stattfinden soll bei entsprechenden Temperaturen im kommenden Winter.

GV Kreck (CDU)

hakte nach, ob bei Berichterstattung aus Ausschüssen jedes Ausschussmitglied berichten soll oder nur der Vorsitzende den Beschluss bekannt gibt.
Nicht zuletzt aus zeitlichen Gründen und der Nichtzulässigkeit persönlicher Meinungswiedergabe bestehen sicherlich gegen Beschlussbekanntgabe aus Ausschüssen keine Einwände. In der vorliegenden Situation wird jedoch die Beifügung des Gutachtens dann als unerlässlich angesehen.

GV Benner

für die SPD-Fraktion wies Frau Benner darauf hin, dass eine solche Verfahrensweise unter notwendiger Behandlung als Tagesordnungspunkt zu verstehen ist und nicht unter dem TOP Verschiedenes abgehandelt werden sollte, weil ansonsten die erforderliche Fundierung fehlt.

GV Debus (SPD)

Bezüglich der technischen Ausführung verwies GV Debus (SPD) darauf hin, dass es sich seiner Meinung nach um eine Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Bau- und Liegenschaften handelt zur nochmaligen Überprüfung im Wege eines Überdruckverfahrens. Dabei sei die Beschließung der Ausführungen nicht Sache des Ausschusses.

Ergänzend wies Bgm. Aurand darauf hin, dass sich die mögliche Undichtigkeit in der Außendämmung auf relativ geringfügige thermische Auswirkungen bezieht, das mit einem Einsparvolumen von vielleicht 200 lt.

Heizöl/Jahr verbunden ist.

Soweit sich weitere Untersuchungen in einem vertretbaren Kostenrahmen bewegen, bestehen gegen ein erneutes Aufgreifen im kommenden Winterhalbjahr keine Einwände.

GV Heintz (CDU)

kritisiert wurde, dass seit Wochen keine GV Sitzung stattgefunden habe und nach seiner Auffassung wichtige Punkte in der Tagesordnung keine Berücksichtigung fanden.

Vorsitzender Scholl wies darauf hin, dass die Tagesordnung im Benehmen mit dem Gemeindevorstand aufgestellt wird ergänzt durch Anträge des Gemeindevorstandes, der Fraktionen oder Gemeindevertretern.

GV Benner (SPD)

Nach ergänzender Ausführung von GV Benner (SPD) steht es jeder Fraktion frei Anträge zu stellen. Unter gegebenen Voraussetzungen sieht sie die Qualität der Debatte gefährdet.

Bestätigt wurde diese Auffassung durch Fraktionsvorsitzenden Kreck (CDU). Er hält richtigerweise einen Berichtsantrag in der nächsten Sitzung für geboten. Danach können sich alle Fraktionen mit der Thematik beschäftigen.

GV Schüler (CDU)

Gefahrstelle Jahnstraße/Hauptstraße

Einsichtnahme auf der Hauptstraße wird gemindert durch parkende Fahrzeuge.

Bgm. Aurand wies darauf hin, dass die Markierung an der Zufahrt Feuerwehrgerätehaus inzwischen angebracht wurde. Ergänzend wird geprüft, ob weitere Verkehrszeichen erforderlich sind.

GV Holighaus (SPD)

Verständnisfrage zur Rücknahme TOP 5 alt

Fraktionsvorsitzender Kreck wies darauf hin, dass der Bgm. um kurze schriftliche Beantwortung gebeten wurde. Diesem Begehren wurde nachgekommen. Infolge dessen wurde die ohnehin mit Verwunderung registrierte Aufnahme in die Tagesordnung zurückgezogen.

GV Kreck (CDU)

Reitwege

In letzter Zeit häufen sich Beschwerden, wegen Benutzung der vorhandenen Feld- und Waldwege durch Reiter.

Bgm. Aurand bestätigte derartige Beschwerden und bezeichnete die Wegezustände als Ärgernis für Spaziergänger.